



Stadt Miesbach

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 20.02.2020 17:00 – 19:45 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzende

1. Bürgermeisterin Ingrid Pongratz

Stadträte

Stadtrat Paul Fertl

Stadtrat Michael Lechner

(Zugang bei Top 6, AE 2)

Stadträtin Verena Assum

Stadtrat Markus Baumgartner

Stadtrat Dr. Gerhard Braunmiller

(Zugang bei Top 6, AE 2)

Stadtrat Manfred Burger

Stadtrat Walter Fraunhofer

Stadtrat Stefan Griesbeck

Stadträtin Astrid Güldner

Stadträtin Inge Jooß

Stadtrat Franz Mayer

Stadtrat Alfred Mittermaier

Stadtrat Christian Mittermaier

Stadtrat Erhard Pohl

Stadtrat Florian Ruml

Stadtrat Markus Seemüller

Stadtrat Dirk Thelemann

(Zugang bei Top 4)

Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Stadtrat Bernhard Wurm

(wird bei Top 3 vereidigt)

Es fehlte entschuldigt:

Stadtrat Dr. Claus Fahrer

Stadtrat Dr. Franz Mader

Stadtrat Andreas Reischl

Stadträtin Hedwig Schmid

Stadträtin Sabine Schuhbeck

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
2. Ablehnung des Stadtratsmandats durch Listennachfolger der SPD
3. Vereidigung des nachrückenden Stadratsmitgliedes von der SPD
4. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Todesfalls von Herrn Franz Reischl
5. Antrag des Stadratsmitgliedes Walter Fraunhofer;
Wichtige Aspekte zur Bebauung nördlich des Friedhofs
6. Antrag der Stadratsmitglieder Astrid Güldner, Markus Seemüller und Paul Fertl
Prüfung zur Errichtung eines Bolzplatzes in der Riviera oder im Waitzinger Park zur
Förderung der Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet
7. Die evangelische Kirchengemeinde Miesbach und ihr geplantes neues Gemeindehaus;
Vorstellung durch den evangelischen Pfarrer Herrn Erwin Sergel
8. Neukalkulation der Wassergebühren;
Erhöhung der Wassergebühren zum 01.01.2020
9. Erlass einer Fahrradabstellplatzsatzung;
weiteres Vorgehen
10. Erschließungsbeiträge;
Neuerlass und Aufhebung der bisherigen Erschließungsbeitragssatzung
11. Übernahme von Haushaltsausgaberesten aus dem Jahr 2019 ins Haushaltsjahr 2020
12. Beteiligung an der Sozialcard des Landkreises Miesbach
13. Überörtliche Rechnungsprüfung der Jahre 2014-2017 durch den Bayerischen
Kommunalen Prüfungsverband; Prüfungsfeststellungen mit Stellungnahmen der
Verwaltung
14. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
- 14.1. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
- 14.2. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

1. Bekanntgaben

1. Bürgermeisterin Ingrid Pongratz stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Stadtratsmitglieder Hedwig Schmid, Sabine Schuhbeck und Andreas Reischl sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Das Stadtratsmitglied Dr. Gerhard Braunmiller wird etwas später kommen.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 23.01.2020 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen bereitgestellt bzw. per E-Mail übersandt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 23.01.2020 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Anschließend bittet die 1. Bürgermeisterin Pongratz den Stadtrat, sich von den Plätzen zu erheben und eine Gedenkminute für den verstorbenen Stadtratskollegen Franz Reischl zu halten.

Vorstellung der neuen Mitarbeiterin Dackiewicz Corinna für die neu geschaffene Stelle des Steuerwesens

Faschingskrapfen – 1. Spendenaktion des Lions Clubs Miesbach-Holzkirchen

Am heutigen Faschingsdonnerstag gibt es Faschingskrapfen von der Konditorei Ratschiller in Holzkirchen. Hierbei unterstützen wir die 1. Krapfen-Spendenaktion des Lions Clubs Miesbach-Holzkirchen. Pro Krapfen gehen 75 Cent an soziale Projekte. Der Flyer mit weiteren Informationen liegt den Stadträten als Tischvorlage vor bzw. wurde als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem eingestellt.

Bayerisches Rotes Kreuz – Vorstellung der Fachstelle für pflegende Angehörige

Auf Nachfrage des BRK Miesbach wurde von Frau Monika Bürger eine Anfrage gestellt, ob Sie einen kurzen Vortrag über die Tätigkeiten der Fachstelle für pflegende Angehörige geben kann. Frau Bürger wird in der Stadtratssitzung am 19. März 2020 einen Vortrag halten.

Abschlussausflug des alten Stadtrates

Nach Abfrage in der letzten Stadtratssitzung am 23.01.2020, wird der geplante Abschlussausflug des alten Stadtrates aufgrund der geringen Teilnehmerzahl nicht stattfinden.

Städtepartnerschaft in Marseillan

Voraussichtlich am 11 April 2020 wird in Marseillan die Städtepartnerschaft besiegelt. Eine Abordnung aus Miesbach sollte den Feierlichkeiten in Marseillan beiwohnen. Die Beurkundung in Miesbach wird voraussichtlich zwischen 17.04. und 20.04.2020 stattfinden.

Interims Kinderkrippe Waitzinger Wiese „Klosterwichteln“

Die Kinderkrippe auf der Waitzinger Wiese ist nun fertiggestellt und der Betrieb der „Klosterwichteln“ konnte in der KW 6 aufgenommen werden. Insgesamt werden 18 Kinder in vorerst 2 Gruppen (insgesamt 3 Gruppen) betreut. Von den 18 Kindern sind 10 Kinder aus Miesbach. Die restlichen 8 Kinder kommen aus anderen Gemeinden.

Die Gesamtkosten für den Umbau der „gebrauchten“ Containeranlage teilen sich wie folgt auf. Daneben werden die Kosten bei „neuen“ Containern dargestellt.

Kosten KiKr „Klosterwichtel“

Kauf Container	85.000,00 €
Umbau Container	84.000,00 €
Möbel und Spielzeug	86.000,00 €
Maler / Kosmetik	15.000,00 €
Reinigung / Hygiene	12.000,00 €
Heizung / Lüftung	15.000,00 €
Brandschutz	17.800,00 €
Außenanlage	40.000,00 €
Energetische Aufwertung (Dach, Fassade)	100.000,00 €
Gesamt	454.800,00 €

Kosten bei „neuen“ Containern:

Kauf Container	750.000,00 €
Umbau Container	15.000,00 €
Möbel und Spielzeug	86.000,00 €
Maler	7.000,00 €
Reinigung	2.700,00 €
Lüftung	5.500,00 €
Brandschutz	3.000,00 €
Außenanlage	40.000,00 €
Energetische Aufwertung (Dach, Fassade)	100.000,00 €
Gesamt	1.009.200,00 €

Mit dem Kauf der gebrauchten Containern von Freising konnte die Stadt Miesbach eine Summe i.H.v. 554.400,00 € gegenüber neuen Containern einsparen.

Kommunalwahl

Das Wahlamt der Stadt Miesbach teilt mit, dass ab sofort Wahlbenachrichtigungsbriefe und nicht wie bisher Wahlkarten verschickt werden.

Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, wenn die Wählerinnen und Wähler für die Hauptwahl am 15.03.2020 und für die eventuell stattfindende Stichwahl am 29.03.2020 Briefwahlunterlagen beantragen möchten, muss dies auf der Rückseite des Wahlbenachrichtigungsbriefes mit angekreuzt werden. Eine automatische Übersendung der Briefwahlunterlagen kann nur erfolgen, wenn das Kreuz bei der Stichwahl gesetzt ist.

Selbstverständlich können die Wählerinnen und Wähler am Wahlsonntag auch einfach in das Wahllokal zur Urnenabstimmung gehen.

Informationen hierzu liegen den Stadträten als Tischvorlage vor bzw. wurden als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem eingestellt.

Stadtratssitzung am 19.03.2020

Aufgrund der anstehenden Kommunalwahlarbeiten wird die Fraktionsführerbesprechung im März vom 16.03.2020 auf den 17.03.2020 verschoben.

Kommunalwahl am 15. März 2020

Aufgrund der anstehenden Wahlarbeiten ist das Rathaus am 16. März 2020 ganztägig geschlossen.

Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)

Unter dem Tagesordnungspunkt 14 (Unvorhergesehenes) wird über den Antrag der SPD-Fraktion, falls bei eventuell eingehenden Fällbescheiden, die den Ausnahmeanträgen der Stadt zuwider laufen, gegen diese Fällbescheide Klage zu erheben, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Thelemann, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

2. Ablehnung des Stadtratsmandats durch Listennachfolger der SPD

Bei der Fraktion SPD kommen gem. dem Wahlergebnis der Kommunalwahl vom 16.03.2014 die nachfolgend angeführten Listennachfolger in dieser Reihenfolge als Nachrücker in Frage:

Herr Klaus Baltzer, Haidmühlstr. 38 b, 83714 Miesbach

Herr Dipl.-Ing. Bernhard Wurm, Karlingerstr. 21, 83714 Miesbach

Nachdem bereits vorab über die Fraktion SPD bekannt wurde, dass der vorgenannte Listennachfolger das Stadtratsmandat ablehnen wird, wurde Herr Dipl.-Ing. Bernhard Wurm aus Gründen der Zeitersparnis zugleich mit Schreiben vom 11.02.2020 schriftlich gebeten, für den Fall, dass der vorherige Listennachfolger das Mandat nicht annimmt, seine Annahme des Mandats zu bestätigen bzw. mit Begründung abzulehnen.

Herr Klaus Baltzer

Per Fax vom 14.02.2020, bittet Herr Baltzer die Stadt Miesbach, ihn von der Verpflichtung zur Nachrückung in den Stadtrat Miesbach zu entbinden.

Beschluss:

Der Stadtrat Miesbach stimmt der Ablehnung des Stadtratsmandats von Herrn Klaus Baltzer als Nachrücker zu.

Abstimmungsergebnis: 16 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Thelemann, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

3. Vereidigung des nachrückenden Stadratsmitgliedes von der SPD

Durch das Ausscheiden von Herrn Franz Reischl, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), aus dem Stadtrat, rückt innerhalb der Fraktion SPD ein Listennachfolger nach. Der 1. Listennachfolger hat die Annahme des Mandats abgelehnt, wobei der Stadtrat den Ablehnungsgrund anerkannt hat. Somit rückt der 2. Listennachfolger des Wahlvorschlags der SPD, Herr Bernhard Wurm, in den Stadtrat nach.

Mit Schreiben vom 17.02.2020, eingegangen bei der Stadt Miesbach am 18.02.2020, hat Herr Bernhard Wurm seine Bereitschaft erklärt im Falle des Verzichts des vor ihm stehenden Listennachfolgers das Stadtratsmandat anzunehmen.

Herr Bernhard Wurm wird nunmehr als neues Mitglied des Stadtrates gem. Art. 31 Abs. 4 Bayer. Gemeindeordnung (GO) vereidigt.

Die 1. Bürgermeisterin Pongratz nimmt mit dem Verlesen der Eidesformel die Vereidigung vor.

Herr Bernhard Wurm ist damit ab sofort Mitglied des Stadtrates Miesbach.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Thelemann, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

4. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Todesfalls von Herrn Franz Reischl

Durch das Ausscheiden von Stadtrat Franz Reischl, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), wird eine Neubesetzung verschiedener Ausschüsse erforderlich. Herr Reischl war in nachfolgend angeführten Ausschüssen als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied vertreten:

Mitglied:

Finanzausschuss
Personalausschuss

pers. Stellvertreter:

Kultur- und Tourismusausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss
Stadtentwicklungsausschuss

Zweckverbände: Abwasserbeseitigung im Schlierachtal, pers. Stellvertreter

Auf Befragen der 1. Bürgermeisterin Pongratz gibt der Fraktionssprecher der SPD nachfolgende Neubesetzung bekannt. Herr Fertl bedankte sich für die geleistete Vorarbeit und bat die 1. Bürgermeisterin Pongratz die ausgearbeiteten Beschlussvorschläge vorzutragen.

Beschluss 1:

Finanzausschuss:

neues Mitglied: Walter Fraunhofer
-war bisher persönlicher Stellvertreter von Herrn Paul Fertl-

neuer pers. Stellvertreter von
Herrn Paul Fertl: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 2:

Personalausschuss:

neues Mitglied: Inge Jooß
bisherige pers. Stellvertreterin: Inge Jooß
neuer persönlicher Stellvertreter: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 3:

Kultur- und Tourismusausschuss:

neuer persönlicher Stellvertreter: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 4:

Rechnungsprüfungsausschuss:

neuer persönlicher Stellvertreter: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 5:

Stadtentwicklungsausschuss:

neuer persönlicher Stellvertreter: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 6:

Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Schlierachtal:

neuer persönlicher Stellvertreter: Bernhard Wurm

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

5. Antrag des Stadtratsmitgliedes Walter Fraunhofer;
Wichtige Aspekte zur Bebauung nördlich des Friedhofs

Stadtratsmitglied Walter Fraunhofer hat mit Schreiben vom 10.01.2020 folgenden Antrag zur Stadtratssitzung am 23.01.2020 gestellt:

„Wichtige Aspekte zur Bebauung nördlich des Friedhofs.

Nachdem seine sehr lange Zeit von städtischer Seite kein Bauvorhaben im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durchgeführt wurde, sollten wir nun die aktuelle Möglichkeit einer Bebauung diesbezüglich nördlich des Friedhofs mit Nachdruck vorantreiben. Es ist bekannt, dass der soziale Wohnungsbau mehrfach andiskutiert wurde (z.B. letzte Klausurtagung des Stadtrats oder die große Anfrage der SPD-Stadratsfraktion 2017). Wie durch die Beantwortung der Anfrage im Jahr 2017 bekannt ist, sind in den letzten Jahren viele Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen und weitere werden leider folgen – das bedeutet steigende Mieten!

Es ist jedoch dringend notwendig, dass günstiger Wohnraum unserer teuren Gegend geschaffen wird, sowohl für sozial Benachteiligte als auch für Normalverdiener wie Krankenschwestern, Erzieherinnen, Polizisten, städtische Bedienstete, Berufsanfänger, junge Familien, Senioren.

Deshalb fordert der Stadtrat einige zukunftsweisende Festlegungen für diese Baumaßnahme zu treffen und die Verwaltung zu beauftragen, die dafür notwendigen Vorarbeiten zu treffen:

Die Finanzierung des städtischen Grundstücks nördlich des Friedhofs soll durch das Grundkapital der Gillhuber-Stiftung getätigt werden und im Rahmen eines Erbbaurechts der Nutzung zugeführt werden – das heißt kein Verkauf des Grundstücks, sondern die Weitergabe in Erbpacht!

Der Vorteil ist hier, dass die Gillhuber-Stiftung durch die Erbbau-Verträge ständige Einnahmen generieren kann, was auf dem Kapitalmarkt immer weniger möglich ist. Die städtischen Finanzen werden durch diese Maßnahme entlastet.

Unabhängig davon soll ein Teil der Bebauung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durchgeführt werden, da es dafür zurzeit von staatlicher Seite erhebliche Zuschüsse gibt.“

Die Verwaltung hat bezüglich der Anlage des Stammkapitals in Grundstücke vor einiger Zeit beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband angefragt, ob dies grundsätzlich möglich ist.

Der BKPV hat hierzu die Auskunft gegeben, dass dies dem Grunde nach möglich ist. Allerdings müssen hierzu einige rechtliche Rahmenbedingungen geklärt werden, da es sich bei der Anton-Gillhuber-Stiftung um eine fiduziarische Stiftung (nicht rechtlich Selbständig) handelt.

Ab 2018 erfolgte eine Neuausrichtung der Stiftung im Bereich der Anlageformen des Stammkapitals, welches letztendlich steuerliche und rechtliche Konsequenzen nach sich zieht. Hierzu hat der Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 22.10.2019 an die Verwaltung den Auftrag erteilt, die Möglichkeiten eines Stiftungs-Satzungserlasses sowie die Vor- und Nachteile einer rechtlich-selbständigen Stiftung gegenüber der fiduziarischen Stiftung zu prüfen.

Entsprechende erste Schritte wurden seit dieser Finanzausschusssitzung bereits eingeleitet.

Aus Sicht der Verwaltung ist diese Anlageform grundsätzlich zu begrüßen, da die Weitergabe von Grundstücken im Rahmen von Erbpacht eine sichere Anlageform darstellen.

Aufgrund der Abwesenheit von Antragsteller Walter Fraunhofer in der Sitzung vom 23.01.2020 hat der Stadtrat beschlossen, dass dieser Antrag zurückgestellt und in der Februarsitzung behandelt wird.

Beschluss:

Der Stadtrat erkennt die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaues und steht der im Antrag genannten Finanzierungsform positiv gegenüber. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Insbesondere soll die rechtliche Klärung über den Einsatz von Mitteln aus dem Stammkapital der Anton-Gillhuber-Stiftung zum Zwecke des Ankaufs eines Grundstückes geprüft werden. Diese Prüfung soll in den vom Finanzausschuss an die Verwaltung erteilten Auftrag integriert werden. Das Ergebnis ist dem Stadtrat zu gegebener Zeit vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer

**6. Antrag der Stadtratsmitglieder Astrid Güldner, Markus Seemüller und Paul Fertl
Prüfung zur Errichtung eines Bolzplatzes in der Riviera oder im Waitzinger Park
zur Förderung der Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im
Stadtgebiet**

Fraktionsübergreifend beantragen die Stadtratsmitglieder Astrid Güldner, Markus Seemüller und Paul Fertl eine Überprüfung der Möglichkeit zur Errichtung eines Bolzplatzes in der Riviera oder im Waitzinger Park, zur Förderung der Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.

Ein Bolzplatz stellt eine Sportanlage bzw. eine Kinder- und Jugendspieleinrichtung dar. Entsprechend muss diese Nutzung die Anforderungen der Sportanlagenlärmschutzverordnung bzw. des bayer. Gesetzes über Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen einhalten. Zudem sind aus Sicherheitsgründen u.a. Ballfangzäune zu errichten.

Beide Standorte befinden sich in unmittelbarer Nähe zu bestehender Wohnbebauung. Im Falle des Waitzinger Parks muss zudem festgehalten werden, dass diese Fläche teilweise immer wieder für öffentliche Veranstaltungen (bspw. Festgottesdienste) genutzt wird. Für beide Flächen hat die Stadt Ausnahmeanträge im Hinblick auf die Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers gestellt und mit besonderen gesellschaftlichen, kulturellen bzw. ökologischen Aspekten begründet.

Die Überprüfung der Schallschutzverträglichkeit muss durch die Untere Immissionsschutzbehörde beim Landratsamt Miesbach erfolgen.

Zu Beginn der Sitzung stellt Stadtratsmitglied Pohl den Antrag zur Geschäftsordnung, über die beantragten Standorte gesondert abzustimmen.

Nachdem diesem Antrag zugestimmt wurde, ergab sich eine rege und kontroverse Diskussion.

Während man sich beim Standort „Riviera“ hinsichtlich einer Prüfung größtenteils einig war, wurde der Standort „Waitzinger Park“ hingegen kritischer gewertet.

Ausschlaggebende Gründe dafür waren sowohl die Interessenskonflikte mit anderen Nutzungen, die damit verbundenen baulichen Ertüchtigungen als auch die beantragte Ausnahme zum Erhalt der Bäume.

Seitens der CSU-Fraktion wurde zudem die Prüfung eines weiteren Standorts im Norden des Gewerbegebiets Miesbach-Nord angeregt.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt, über alle beantragten Standorte gesondert Beschluss zu fassen.

Abstimmungsergebnis: 10 / 7

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Braunmiller, Lechner, Dr. Mader, Dr. Fahrer, Ruml

Beschluss 2:

Um die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet zu fördern, beschließt der Stadtrat, die Errichtung eines Bolzplatzes in der Riviera zu prüfen. Die Prüfungsergebnisse sind dem Stadtrat zeitnah vorzulegen mit dem Ziel, eine der beiden Optionen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 3:

Um die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet zu fördern, beschließt der Stadtrat, die Errichtung eines Bolzplatzes im Waitzinger Park zu prüfen. Die Prüfungsergebnisse sind dem Stadtrat zeitnah vorzulegen mit dem Ziel, eine der beiden Optionen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 / 10 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 4:

Um die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet zu fördern, beschließt der Stadtrat, die Errichtung eines Bolzplatzes nördlich des Gewerbegebiets Miesbach-Nord zu prüfen. Die Prüfungsergebnisse sind dem Stadtrat zeitnah vorzulegen mit dem Ziel, eine der beiden Optionen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

**7. Die evangelische Kirchengemeinde Miesbach und ihr geplantes neues Gemeindehaus;
Vorstellung durch den evangelischen Pfarrer Herrn Erwin Sergel**

Drei Vertreter der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Miesbach, Herr Pfarrer Erwin Sergel, Herr Martin Reents und Frau Betty Mehrer stellen in der Sitzung dem Stadtrat die Kirchengemeinde vor und erläutern die Schwerpunkte der Arbeit sowie die Überlegungen und Visionen für die Zukunft.

Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Miesbach umfasst neben der Stadt Miesbach auch Hausham, Weyarn, Irschenberg, Wall und Wörns mühl. Etwa 9% der ansässigen Bevölkerung sind evangelisch. 80% der Veranstaltungen im Gemeindehaus in Miesbach stellen allgemeine Gemeindearbeit dar, die Anzahl der Mitarbeiter hat sich in 10 Jahren verdreifacht. Geplant ist nach der Aufgabe von Hausham eine Konzentration auf den Standort Miesbach, Wert gelegt wird auf qualitätvolle Veranstaltungen. Schwerpunkte liegen in der Musik und der Jugendarbeit.

Hierzu wird der Standort Miesbach auch baulich erheblich aufgewertet. Nach einem Architektenwettbewerb hat man sich bewusst gegen einen Neubau des Gemeindehauses ausgesprochen, auch wenn dieser vielleicht einfacher und kostengünstiger zu realisieren wäre. So werden nun Änderungen im Bestand vorgenommen. Kernpunkt ist die Ertüchtigung des Gemeindehauses durch einen eingehausten Vorraum für Veranstaltungen, den Neubau eines Pfarrbüros mit Gruppen- und Jugendraum. Die Räumlichkeiten werden barrierefrei und behindertengerecht ausgeführt. Trotz Fördermittel durch die Landeskirche und eine Leaderförderung sowie erheblichen Eigenmitteln bleibt eine Finanzierungslücke, die noch geschlossen werden muss, weshalb auch an die Stadt noch ein Antrag mit der Bitte um einen Zuschuss eingereicht wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

8. **Neukalkulation der Wassergebühren:**
Erhöhung der Wassergebühren zum 01.01.2020

In der Sitzung vom 05.12.2019 hat der Stadtrat beschlossen, dass die in der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS) der Stadt Miesbach vom 21.11.2011, geändert am 24.11.2015 festgesetzten Grundgebühren (vgl. § 9 BGS/WAS) sowie die Verbrauchsgebühren (vgl. § 1 Abs. 3 und Abs. 4 BGS/WAS) entsprechend der Kostenentwicklung bzw. den abgaberechtlichen Voraussetzungen zum 01.01.2020 angepasst werden.

Vorbehaltlich der noch durchzuführenden endgültigen Kalkulation der Grundgebühren sowie der Verbrauchsgebühren wird die Anpassung voraussichtlich zu einer Erhöhung der Grundgebühren- sowie Verbrauchsgebührensätze gegenüber den derzeit geltenden Grundgebühren- und Verbrauchsgebührensätzen führen.

Die Höhe der Anpassung kann erst nach Abschluss der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) durchzuführenden Berechnungen festgestellt werden.

Die Vorabinformation zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung wurde in der Zeit vom 11.12.2019 bis 15.01.2020 öffentlich bekannt gemacht.

Inzwischen ist die Neukalkulation durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) abgeschlossen.

Der Stadt Miesbach wurden dabei 4 Varianten einer möglichen Grund- und Verbrauchsgebührenanpassung vorgelegt.

Das vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) ausgefertigte Gutachten liegt dem Stadtrat zur Beratung vor.

Am 12.01.2020 fand im Rathaus eine Besprechung mit den 2. und 3. Bürgermeistern und den Fraktionssprechern statt.

Hier kam man zu der Übereinkunft, dass dem Stadtrat die **Variante 2** der neuen Grund- und Verbrauchsgebühren empfohlen wird.

Die **Variante 2** sieht folgende neue Gebührensätze vor:

Grundgebühren nach Zählergrößen pro Jahr:

<u>Zählergröße</u>	<u>Gebühr alt</u>	<u>Gebühr neu</u>
bis 2,5 m³/h	15,50 €	36,00 €
bis 6 m³/h	23,00 €	86,40 €
bis 10 m³/h	38,50 €	144,00 €
bis 15 m³/h	54,00 €	152,00 €
über 15 m³/h	77,00 €	460,80 €

Die Verbrauchsgebühr erhöht sich um 0,06 € von 1,94 €/m³ (netto) auf nunmehr **2,00 €/m³ (netto)**.

Der Entwurf der geänderten Beitrags- und Gebührensatzung liegt dem Stadtrat ebenfalls zur Beratung vor und liegt als Anlage diesem Protokoll bei.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der 2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS) mit der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) ermittelnden Erhöhung der Grund- und Verbrauchsgebühren in der Variante 2 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die 2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung (BGS/WAS) öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andras, Dr. Fahrer, Dr. Mader, Pohl

9. Erlass einer Fahrradabstellplatzsatzung; weiteres Vorgehen

Mit Schreiben vom 15.07.2019 hat die Stadtratsfraktion der Grünen einen Antrag auf Ausarbeitung einer Fahrradabstellplatzsatzung für die Stadt Miesbach gestellt. Die Verwaltung war daraufhin beauftragt worden, eine entsprechende Satzung auszuarbeiten und im Bauausschuss vorzubereiten.

Begründet wurde der Antrag mit dem Ziel, den Fahrradverkehr zu fördern. Dabei stellt die Möglichkeit, das Fahrrad an der Wohnung bzw. am Zielort vernünftig abstellen zu können ein wichtiges Kriterium dar.

Die Bayerische Bauordnung sieht in Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 die Möglichkeit für die Gemeinden vor, örtliche Satzungen über Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen für Fahrräder zu erlassen. Letztlich handelt es sich um eine bauordnungsrechtliche Vorschrift mit der Zielsetzung im Umfeld baulicher Anlagen geordnete Verhältnisse bzgl. der abzustellenden Fahrräder zu schaffen.

Die Verwaltung hatte einen Satzungsentwurf im Bauausschuss vorgestellt. Es wurde Wert darauf gelegt, dass aus Praktikabilitätsgründen die Berechnungsgrundlagen für die erforderlichen Fahrradabstellplätze mit denen der Kfz-Stellplatzsatzung übereinstimmen und lediglich ein anderer Schlüssel zu wählen ist. Aufgrund von Rückmeldungen aus dem Bau- und Umweltausschuss wurde an einige Stellen nachjustiert.

In der Bau- und Umweltausschusssitzung vom 28.01.2020 war ein Empfehlungsbeschluss zum Erlass der Satzung an den Stadtrat mit 4/4 Stimmen nicht gefasst worden. Hintergrund waren Diskussionen, ob das Ziel, die Fahrradfreundlichkeit zu erhöhen, tatsächlich durch ein entsprechendes Regelwerk erreicht werden kann, denn dort wo tatsächlich ein Mangel an entsprechenden Stellplätzen besteht, im öffentlichen Bereich, in der Innenstadt, am Bahnhof, vor den Behörden greift die Satzung nicht bzw. nur bei Neubauten. Während im privaten Bereich entsprechende Stellplätze schon im Eigeninteresse geschaffen werden, führt die Satzung hier mehr zu einer Verschärfung der bereits bestehenden Regelungsflut.

Der Satzungsentwurf wird zur heutigen Sitzung (ohne entsprechende Empfehlung durch den Bauausschuss) dem Stadtrat zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorgelegt.

Die Befürworter der Satzung führen an, es wäre ein Schritt in Richtung Fahrradfreundlichkeit, ein Baustein, der mit weiteren Maßnahmen dazu führen soll, dass Anreize für eine verstärkte Nutzung des Fahrrads geschaffen werden. Gerade die Situation am Oberlandcenter zeige, dass Defizite vorhanden sind. Man könnte die Sinnhaftigkeit der Satzung auch auf Zeit ausprobieren. Stadtratsmitglied Baumgartner geht noch weiter und fordert Stellflächen für Kinderwagen und Rollatoren.

Die Kritiker sehen jedoch einen unnötigen bürokratischen Aufwand und verweisen darauf, dass Bauherren schon im eigenen Interesse entsprechende Stellplätze in ausreichendem Maße schaffen. Zudem wurde kritisiert, dass die Anwendung des Schlüssels zu keinen praxisgerechten Ergebnissen führe.

Zum Thema Fahrradstellplätze am Bahnhof wurde seitens der Verwaltung ausgeführt, dass die Stadt versuche, über die bike-and-ride-Offensive der Deutschen Bahn Stellplätze zu kreieren und zudem in Gesprächen mit dem Eigentümer des Bahnhofsgebäudes klargestellt wurde, dass bei baulichen Veränderungen am Bahnhof Flächen für Fahrradabstellplätze zur Verfügung stehen müssen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die im Entwurf vorliegende Fahrradabstellsatzung vom 20.02.2020. Die Satzung ist nach Ausfertigung durch Niederlegung in der Verwaltung bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 10 / 10 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

**10. Erschließungsbeiträge:
Neuerlass und Aufhebung der bisherigen Erschließungsbeitragssatzung**

Bereits im Jahre 2016 war im KAG (Kommunalabgabengesetz) eine Regelung eingeführt worden, wonach eine Beitragserhebung nicht mehr möglich ist, wenn nach dem Beginn der erstmaligen Herstellung einer Anlage mehr als 25 Jahre vergangen sind. Hintergrund war, dass die Beitragserhebung zu diesen Altanlagen extrem streitbefangen ist und erhebliche Rechtsunsicherheiten in sich birgt. Diese Regelung tritt allerdings erst zum 01.04.2021 in Kraft und hätte den Sinn gehabt, die darunter fallenden Straßen aus dem Erschließungsbeitragsrecht zu entlassen und dem Straßenausbaubeitragsrecht zuzuordnen. Zur Abmilderung der sich aus der Stichtagsregelung ergebenden Verwerfungen war in diesem Zusammenhang den Gemeinden die Möglichkeit gegeben worden, die Erschließungsbeiträge bis zu einem Drittel zu erlassen.

Nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 01.01.2018 werden künftig Altanlagen ab dem Stichtag 01.04.2021 völlig beitragsfrei bleiben. Der Gesetzgeber hat hierauf reagiert und im KAG den Gemeinden im Hinblick auf die die Altanlagen nun die Möglichkeit eingeräumt, in der Erschließungsbeitragssatzung für Straßen, mit deren erstmaliger Herstellung vor mehr als 25 Jahren begonnen wurde und bei denen die Beitragspflicht im Zeitraum zwischen dem 01.01.2018 und dem 31.03.2021 entstanden ist, die Beitragsschuld komplett zu erlassen. Damit steht den Gemeinden frei, Straßen, die nur knapp nicht unter die Ausschlussfrist fallen, denjenigen gleichzustellen, die künftig ab 01.04.2021 darunter fallen und beitragsfrei bleiben.

Im Stadtgebiet Miesbach existieren eine Reihe von derartigen Altanlagen, die nicht hergestellt sind. Die Verwaltung hatte Ende 2018 eine entsprechende Übersicht ausgearbeitet und dem Stadtrat präsentiert. Eine Beitragspflicht wird jedoch bis 01.04.2021 bei keiner dieser Straßen mehr entstehen, lediglich bei einer Straße ist dies bereits geschehen und sie müsste jetzt kurz vor Eintreten der Frist noch abgerechnet werden. Hinzu kommt, dass diese Straße besonders streitbefangen sein wird und ein erhebliches Prozeßrisiko in sich birgt.

Vor diesem Hintergrund möchte die Stadt Miesbach auch unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Auswirkungen und der Beitragsgerechtigkeit, in der Erschließungsbeitragssatzung eine Regelung gem. Art. 13 Abs. 6 Satz 2 KAG aufnehmen, wonach für Straßen, mit deren Herstellung vor mehr als 25 Jahren begonnen wurde und die Beitragspflicht im Zeitraum zwischen dem 01.01.2018 und dem 31.03.2021 entstanden ist, der Beitrag erlassen wird.

Die Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 14.01.2020 dieses Ansinnen als legitim und sinnvoll erachtet.

Die Aufnahme der Erlassregelung in der Satzung wird zum Anlass genommen, die Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Miesbach ansonsten aus Gründen der Rechtssicherheit an das aktuelle Muster des Bayerischen Gemeindetags anzupassen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die von der Verwaltung ergänzte und an das Muster des Bayer. Gemeindetags angepasste Erschließungsbeitragssatzung. Die Satzung ist nach Ausfertigung durch Niederlegung in der Verwaltung bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader, Mittermaier Christian

11. Übernahme von Haushaltsausgaberesten aus dem Jahr 2019 ins Haushaltsjahr 2020

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung für die Jahre 2013-2018 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPv) wurde der Stadt Miesbach empfohlen, den Übertrag von Haushaltsresten des abgelaufenen Jahres in das neue Haushaltsjahr durch den Stadtrat genehmigen zu lassen.

In das Haushaltsjahr 2020 sollen aus dem Jahr 2019 und davor **insgesamt 1.234.000,00 €** übertragen werden.

Diese Haushaltsreste dienen fast ausschließlich zur Endabrechnung der in 2019 begonnenen Baumaßnahmen, bei welchen die Rechnungsstellung erst in diesem Jahr erfolgt.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 13.02.2020 der Übernahme der Haushaltsreste zugestimmt und empfiehlt dem Stadtrat, diese Übernahme zu beschließen.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Übernahme der Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2019 und vorher in das Haushaltsjahr 2020 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 1.234.000,00 € zu.

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader, Mittermaier Christian, Mayer

12. Beteiligung an der Sozialcard des Landkreises Miesbach

Der Kreisausschuss des Landkreises Miesbach hat in seiner Sitzung vom 04.12.2019 einstimmig beschlossen, in unserem Landkreis eine Sozialcard einzuführen. Das Landratsamt Miesbach ist an die Stadt Miesbach herangetreten eine Beteiligung zu prüfen bzw. zu ermöglichen. Die Sozialcard dient dazu, Vergünstigungen und Sonderkonditionen in Anspruch zu nehmen und ist ausschließlich für den Inhaber der Karte gültig und nicht übertragbar. Sie ist im gesamten Landkreis Miesbach gültig und nicht auf den Wohnort des Karteninhabers beschränkt.

Der berechnigte Personenkreis sind Beziehenden und Bezieher von

- Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII
- Leistungen der Hilfe zu Lebensunterhalt nach dem SGB II – Sozialhilfe
- Wohngeld
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

mit Wohnsitz im Landkreis Miesbach.

Die Ausstellung des Ausweises soll durch die betreffenden Fachstellen des Landratsamtes bzw. mit Erteilung des Bescheides ausgestellt werden. Die Bewilligung ist auf sechs Monate befristet.

Die Verwaltung hat folgende Städtische Einrichtungen geprüft:

In der Stadtbücherei wäre ein Erlass der Jahresgebühr (15,00 € Erwachsene und 18,00 € Familie) möglich.

Im Schwimmbad könnte beim Kauf einer Jahreskarte (Erwachsene 60,00 € und Kinder 20,00 €) eine 50% Ermäßigung möglich sein. Bei einer Ermäßigung der Einzelkarte wäre der Aufwand unverhältnismäßig hoch und auch für den Kartenbesitzer nicht angenehm, da er diese im Schwimmbad bei einer Kontrolle vorzeigen müsste.

Eine Beteiligung des Waitzinger Keller ist aufgrund sehr vieler Fremdveranstaltungen mit festem Eintrittspreis nicht möglich. Hier wären evtl. gezielte Veranstaltungen denkbar, die einzeln beworben werden.

Stadtratsmitglied van Waalbeck möchte wissen, ob eine Beteiligung des Ferienprogrammes (VHS) sowie des Waitzinger Keller an der Sozialcard nicht möglich ist. Die Verwaltung soll überprüfen, ob es eine Möglichkeit gibt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt sich an der Sozialcard des Landkreis Miesbach zu beteiligen. Für die Jahreskarte des Schwimmbades eine 50% Ermäßigung (Erwachsene 30,00 € und Kinder 10,00 €) zu gewähren und für die Stadtbücherei wird kein Jahresbeitrag erhoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ermäßigung im Waitzinger Keller sowie für das Ferienprogramm zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

13. Überörtliche Rechnungsprüfung der Jahre 2014-2017 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband; Prüfungsfeststellungen mit Stellungnahmen der Verwaltung

Die letzte überörtliche Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband umfasste die Jahre 2014 - 2017. Zu den einzelnen Prüfungsanmerkungen wurden seitens der Verwaltung, soweit erforderlich bzw. möglich, entsprechende Korrekturen veranlasst bzw. Änderungen vorgenommen. Die Kommunalaufsicht des LRA Miesbach hat am 15.01.2020 bzw. 14.02.2020 eine Stellungnahme zum Prüfbericht vom 05.09.2019 vorgenommen.

Zu den Einzelfeststellungen im Prüfbericht wurde seitens der Verwaltung umfangreich Stellung genommen. Der gesamte Prüfbericht samt Anlagen sowie die Stellungnahmen der Verwaltung und die Stellungnahme der Kommunalaufsicht wurden den Stadträten zur Kenntnisnahme im Ratsinformationssystem bereitgestellt, bzw. übersandt.

Der 2. Bürgermeister und Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Miesbach, Herr Fertl, bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführlichen und gut aufgegliederten Stellungnahmen. Der Prüfbericht zeigt im Rahmen des Kassenwesens einige Defizite auf, die möglichst umgehend behoben werden sollten. Er ist der Auffassung, dass man den Prüfbericht, so wie er vorgelegt bzw. beantwortet wurde, zur Kenntnis nehmen soll.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht samt der Stellungnahmen der Verwaltung und der Kommunalaufsicht im LRA Miesbach zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

14. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)

Unter dem Tagesordnungspunkt 14.1 (Unvorhergesehenes) wird über den Antrag der SPD-Fraktion, falls bei eventuell eingehenden Fällbescheiden, die den Ausnahmeanträgen der Stadt zuwider laufen, gegen diese Fällbescheide Klage zu erheben, abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Behandlung des o.g. Sachverhaltes unter dem Tagesordnungspunkt 14.1 zu.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

14.1. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)

Der angekündigte Vorschlag der SPD-Fraktion zum weiteren Vorgehen lautet wie folgt:

Für uns alle war es sicher enttäuschend, dass der Eilantrag des Fachbereichs Umwelt- und Naturschutz des Landratsamts Miesbach vom Verwaltungsgericht München abgelehnt worden ist.

Dies hat aber nichts mit den von der Stadt gestellten Ausnahmeanträgen für den Waitzinger Park, des Hallenwaldes und der Riviera gemäß des EU-Durchführungsbeschlusses 2015/893 Anhang III/3 1 b zu tun.

Die aufgrund des besonderen gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Wertes der Bäume gestellten Ausnahmeanträge sind noch nicht verbeschieden. Es besteht allerdings die reale Gefahr, dass das LFL und das ALEF die vom Stadtrat nahezu einstimmig gefassten Ausnahmeanträge ablehnt.

Es stellt sich die Frage, wie die Stadt bei eventuellen Fällbescheiden, die den Waitzinger Park, den Hallenwald und der Riviera betreffen weiter vorgeht.

Deshalb stellt die SPD-Fraktion vorsorglich den Antrag bei eventuell eingehenden Fällbescheiden, die den Ausnahmeanträgen der Stadt zuwider laufen, gegen diese Fällbescheide Klage zu erheben.

Die 1. Bürgermeisterin bat Stadtratsmitglied Fertl um Erläuterung des Antrags der SPD. Stadtratsmitglied Fertl stellt einleitend fest, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 23.01.2020 keinen Beschluss über die Vorgehensweise im Hinblick auf eine Klage gegen einen eventuellen Fällbescheid für den sog. Hallenwald, die Riviera und den Waitzinger Park gefasst hat. Die Klage des Landkreis Miesbach ist nunmehr vom Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Ein Termin mit dem Julius-Kühn-Institut fand ebenfalls statt, welcher nicht den gewünschten Ausblick auf Erfolg ergeben hat. Über die Anträge auf Ausnahme wurde bis zum heutigen Tag von den zuständigen Behörden und zwar dem LfL, vertreten durch Herrn Nüßler und vom AELF, vertreten durch Herrn Weber auch noch nicht entschieden. Er gab zu bedenken, dass es auf Grund der letzten Ereignisse seiner Einschätzung nach keine große Hoffnung auf eine Ausnahmegenehmigung gibt. Daher hat sich die SPD-Fraktion entschieden, über eine eventuelle Klage einen Beschluss durch den Stadtrat herbeizuführen.

Die 1. Bürgermeisterin weist die Stadträte nochmals daraufhin, dass sie in der Stadtratssitzung am 23.01.2020 genau diesen Beschluss zur Abstimmung bringen wollte, dies der Stadtrat jedoch nicht getan hat. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings über die Klage des Landkreises noch nicht entschieden, was nun zur Folge hat, dass man sich sehr gut überlegen muss, ob eine Klage gegen einen Fällbescheid sinnvoll ist. Des Weiteren gibt es zu beachten, dass bisherige Klageverfahren kein Grund für eine Aussetzung der Fällung waren. Was bedeuten würde, selbst wenn die Stadt gegen einen Fällbescheid Klage einreicht, der Baum unter Umständen bereits gefällt worden ist.

Stadtratsmitglied Burger stellt den Antrag, dass über die Vorgehensweise im Hinblick auf Klage einzeln für die 3 Gebiete Beschluss gefasst werden soll. Eine Klage ergibt für Burger nur Sinn im Waitzinger Park, da diese für die im Durchführungsbeschluss genannte Ausnahme sehr gut zu begründen ist.

Stadtratsmitglied Lechner teilt die Auffassung von Burger und bittet den Stadtrat ebenfalls darum, eine Entscheidung für die weitere Vorgehensweise bei einem Fällbescheid für den Waitzinger Park zu beschließen.

Stadtratsmitglied Pohl bittet die Fällungen nicht im Waitzinger Park zu beginnen um sich eventuell ein Zeitfenster bei einem Klageverfahren zu verschaffen. Ebenfalls gibt er zu bedenken, dass jede Ausnahme auch sehr hohe Monitoringkosten bedeutet.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt, dass bei einem eingehenden Fällbescheid für den Waitzinger Park ohne ordentliche Begründung der Maßnahme, die Stadt Miesbach, nach Absprache durch die 1. Bürgermeisterin mit den weiteren Bürgermeistern und den Fraktionssprechern eventuell Klage gegen diesen Bescheid erhoben wird.

Die 1. Bürgermeisterin Pongratz wird ermächtigt einen Anwalt hinzuziehen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 1

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt, dass bei einem eingehenden Fällbescheid für die Riviera ohne ordentliche Begründung der Maßnahme, die Stadt Miesbach Klage gegen diese Bescheide erhebt.

Die 1. Bürgermeisterin Pongratz wird ermächtigt einen Anwalt hinzuziehen.

Abstimmungsergebnis: 3 / 17 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Beschluss 3:

Der Stadtrat beschließt, dass bei einem eingehenden Fällbescheid für den Hallenwald ohne ordentliche Begründung der Maßnahme, die Stadt Miesbach Klage gegen diese Bescheide erhebt.

Die 1. Bürgermeisterin Pongratz wird ermächtigt einen Anwalt hinzuziehen.

Abstimmungsergebnis: 6 / 14 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Fahrer, Dr. Mader

14.2. Unvorhergesehenes, Wünsche und AnträgeSalzverbrauch

Stadtratsmitglied Lechner moniert den seiner Meinung nach zu hohen Salzverbrauch in Miesbach und bittet den Bauhofleiter Fischer dies zu überprüfen. Herr Fischer merkt dazu an, dass dies nicht der Fall sei. Das in Miesbach aufgebrachte Salz ist kein normales Salz, sondern ein sog. Steinsalz, das weißer aussieht. Weiter darf man nicht vergessen, dass die Stadt Miesbach die Verkehrssicherungspflicht hat. Herr Lechner wollte anschließend noch wissen, ob das Salz über den Sommer hinweg im Silo bleiben kann. Dies wurde von Herrn Fischer bejaht.

Marktplatz

Stadtratsmitglied Seemüller fordert unter Bezugnahme auf einen Zeitungsartikel und des Protokolls der letzten Sitzung Stadtratsmitglied Mayer auf, sich für die Aussage zu entschuldigen, er habe ein „Gentleman Agreement“ bzgl. des weiteren Vorgehens am Marktplatz gebrochen. Dies sei aber nicht der Fall. Stadtratsmitglied Mayer verwehrt sich. Er verwies darauf, dass Herr Seemüller bei der „Brotzeit am Marktplatz“ erklärt habe, wer einen autofreien Marktplatz wolle, müsse Walter Fraunhofer wählen. Letztlich blieben die gegenseitigen Anschuldigungen unter Bezugnahme auf den Konsens beim Evaluierungsgespräch, wonach das Thema Marktplatz den neuen Bürgermeister und den neuen Stadtrat beschäftigen sollte, ohne nachvollziehbares Ergebnis.

Klimafreundliches Essen

Stadtratsmitglied Burger verweist auf den Flyer „klimafreundliches Essen“ und bittet die Aktion zu unterstützen. Die 1. Bürgermeisterin findet die Aktion sehr gut.

Stadtratssitzungen im Internet

Stadratsmitglied Meyer möchte von der Verwaltung überprüft haben, ob es rechtlich möglich ist, dass die Stadtratssitzungen live im Internet übertragen werden.

PCR-Analyse der Larve 44

Stadratsmitglied Fertl möchte wissen, ob das Ergebnis der molekularen Überprüfung bei der Stadt Miesbach eingegangen ist. Dies wurde von der stellv. Ordnungsamtsleiterin Bauer verneint.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Schmid, Schuhbeck, Reischl Andreas, Dr. Mader, Dr. Fahrer

Ende der Sitzung

gez. Ingrid Pongratz
1. Bürgermeister